

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002236/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Christine Anderson (ESN)

Betrifft: Reaktion der EU auf die Manipulation von Informationen durch die Hamas in der EU

Die Hamas, die nach EU-Recht als terroristische Organisation eingestuft wird, greift regelmäßig auf emotional aufgeladene Narrative, fingierte oder aus dem Kontext gerissene Bilder und strategische Kommunikation zurück, um die öffentliche Meinung zu bilden und Druck auf politische Entscheidungsträger der EU auszuüben. Dieses Vorgehen entspricht der grundlegenden Definition von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, das heißt einer koordinierten Manipulation, mit der der demokratische Diskurs mittels Täuschung beeinflusst werden soll.

1. Kann die Kommission angesichts ihrer erklärten Selbstverpflichtung, gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzugehen, erläutern, warum sie die eindeutigen Versuche der Hamas, Einfluss auf den europäischen Informationsraum zu nehmen, weder öffentlich thematisiert und offenlegt noch dagegen vorgeht?
2. Wenn die Kommission in Fällen der Verbreitung sogenannter Desinformation durch EU-Bürger, wodurch häufig Druck auf Internetplattformen, die Bezeichnung von Inhalten und regulatorische Kontrolle ausgeübt wird, rasch handeln kann, warum wurden dann keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen und keine entsprechende Einordnung vorgenommen, was die Einflussnahme der Hamas insbesondere nach der jüngsten Eskalation im Nahen Osten anbelangt?
3. Erkennt die Kommission die strategische Kommunikation der Hamas als Bedrohung durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland an, und falls ja, welche Schritte wird sie unternehmen, um der Manipulation von Zielgruppen in der EU durch diesen Akteur entgegenzuwirken?

Eingang: 4.6.2025